

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 22. Juli 2021

Sozialausschuss am 22.07.2021, Änderungsantrag zum TOP 9

Soziale Wohnraumversorgung; Aktuelle Situation im Bereich Registrierung und Vergabe von gefördertem Wohnraum sowie Antragsentwicklung beim Wohngeld

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03591

Der Antrag der Referentin wird wie folgt geändert:

Punkt 1 neu: Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur aktuellen Situation im Bereich Registrierung und Vergabe von gefördertem Wohnraum sowie Antragsentwicklung beim Wohngeld und die geplanten Gegenmaßnahmen zur Kenntnis und **beauftragt das Sozialreferat als weitere Gegenmaßnahme in Abstimmung mit dem Amt für Wohnen und Migration den notwendigen konkreten Personal-Mehrbedarf zur Auflösung der Antragsrückstände sowie zur langfristigen Bewältigung der Pandemiefolgen zu ermitteln und dem Stadtrat zur Bewilligung der entsprechenden Haushaltsmittel schnellstmöglich vorzulegen.**

Punkt 2 neu: Die Landeshauptstadt München setzt sich über den Deutschen Städtetag beim Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat für die dargestellten Erleichterungen im Verwaltungsvollzug ein, mit dem Ziel, die Anzahl der wohngeldberechtigten Haushalte erheblich zu erhöhen **ohne dabei im Rahmen von Entbürokratisierungsmaßnahmen Betroffene direkt oder indirekt zu sanktionieren (z.B. bei nicht ausreichend ausgefüllten Anträgen).**

Punkt 3: wie im Antrag der Referentin

Begründung:

Die Darstellung der IST-Situation für die Bereiche „Registrierung und Vergabe von gefördertem Wohnraum“ und „der Anträge im Wohngeld“, zeigt eindringlich, dass die Bearbeitung der Anträge durch das aktuell vorhandene Personal nicht bewältigt werden kann. Deshalb ist von Seiten des Sozialreferates unverzüglich der Personalmehrbedarf zu ermitteln und dem Stadtrat zur Bewilligung der nötigen Haushaltsmittel vorzulegen.

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Ein vereinfachter Verwaltungsvollzug darf nicht zu Lasten von Hilfsbedürftigen gehen und in Sanktionen münden. Unter den Antragsstellenden sind u.a. zahlreiche Menschen mit Fluchtgeschichte, denen man nicht vorwerfen kann, wenn sie etwas nicht verstehen oder einen Teil der Unterlagen nicht unverzüglich beibringen (können). Zudem ist in Armut zu geraten für viele Menschen nach wie vor stark mit Scham besetzt. Viele Menschen trauen sich gar nicht, entsprechende Hilfen anzufordern und wenn sie es dann tun, spielen Aufregung, Unsicherheit, Unerfahrenheit mit Bürokratie und Nervosität oft eine große Rolle. Dabeo passieren natürlich auch leichter Unachtsamkeiten oder Fehler. Statt solche Personengruppen leichtfertig zu sanktionieren, indem man ihre Anträge ohne weitere Anforderung ablehnt, muss man für sie Unterstützung und Hilfe bei der Erstellung der Unterlagen organisieren.

Initiative:
Stadtrat Thomas Lechner

Gezeichnet:
Stadträtin Brigitte Wolf
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Stefan Jagel

Stadtratsfraktion
DIE LINKE. / Die PARTEI
dielinke-diepartei@muenchen.de
Telefon: 089/233-25 235
Rathaus, 80331 München